

KR wie Krefeld

Der Paradigmenwechsel bleibt aus

21. Januar 2022 um 18:00 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Jens Voss Foto: Lammertz, Thomas (lamm)

Meinung | Krefeld. Was folgt aus der Entscheidung zum Surfpark? Der Fall wirft ein Schlaglicht auf die Rechtslage zum Klimaschutz. Das Bundesverfassungsgericht fordert ihn ein – was fehlt, sind klare Kriterien. Ein Blick voraus

Von Jens Voss

Krefeld wird das Projekt Surfpark weiterverfolgen: Bedenken wegen des Klimaschutzes haben ein Drittel des Rates; zwei Drittel befürworten das Vorhaben.

Wenn es nach Fridays for Future (FFF) geht, dürfte es solche Entscheidungen gegen den Klimaschutz nicht mehr geben. Die Zukunft müsste so aussehen, dass solche kommunalen Projekte mit nationalen Klimaschutzvorgaben abgeglichen werden, und zwar rechtlich bindend. FFF Krefeld beruft sich unter anderem auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz. Die Richter haben bekanntlich die Politik ermahnt, schärfere Klimagesetze zu erlassen: Es dürfe nicht einer Generation zugestanden werden, große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben großen Freiheitseinbußen ausgesetzt würde. Genau das ist nach Überzeugung von FFF in Krefeld geschehen: Die CO₂-Last des Surfparks muss die Bürgerschaft Krefelds jetzt und in Zukunft einsparen.



Diese Argumentation hat sich politisch nicht durchgesetzt. Das Beispiel Krefeld wirft insofern ein Schlaglicht auf die gesamte Klimadebatte im Land. Es gibt noch keinen Konsens und wohl auch noch keine Rechtswege, Projekte nach ethischen und anderen CO₂-Kriterien rechtlich zu bewerten – Motto: Projekt A dient der Allgemeinheit, so dass die CO₂-Last in Kauf zu nehmen ist; Projekt B tut dies nicht, so dass die CO₂-Last nicht kommen darf. Um die FFF-Diktion aufzugreifen: Kein Pardon für „Hedonisten“. Einfach wird das ohnehin nicht: Ob der Surfpark nicht doch „der Allgemeinheit“ dient, ist so einfach nicht zu klären. Wenn er die Entwicklung des E-Sees vorantreibt, mag der Nutzen für alle eben doch da sein. Die Klimalast jedenfalls ist für die Befürworter vertretbar – der Paradigmenwechsel fiel aus.

Vielleicht ist das die kommende Rechtsentwicklung: nationale rechtliche Grundlagen zu entwickeln, die klare lokale Klima-Entscheidungen ermöglichen.



Kommentare



Mein Profil

Angemeldet als
achim.ernst

Schreiben Sie einen Kommentar

B *I* “ ☰

ABSENDEN

Neueste zuerst



Es sind noch keine Kommentare vorhanden. Nehmen Sie an der Diskussion teil.